

Aufatmen in Brüssel

Regierungsbildung der Rechtsparteien gescheitert. Italiens Präsident setzt auf »Technikerkabinett«

Gerhard Feldbauer

Italiens Staatspräsident Mattarella hat am Montag den parteilosen Wirtschaftswissenschaftler Carlo Coltarelli, einen jahrelangen Direktor und Vorstand des Internationalen Währungsfonds (IWF), beauftragt, ein »Technikerkabinett« zu bilden. Dieser nahm das Mandat an und erklärte, seine Regierung werde »neutral bleiben«, aber auch »entschieden europäisch« sein. Als Gründungsmitglied der Europäischen Union bleibe die Rolle Italiens »unentbehrlich, genauso wie die Fortsetzung unserer Mitgliedschaft in der Eurozone«.

Die aus Italien stammende EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini zeigte sich anschließend »zuversichtlich«, dass es Rom gelingen werde, »die Interessen des italienischen Volkes zu garantieren«, die mit denen der EU übereinstimmen. Auch die Bundesregierung hoffte auf eine »stabile Regierung« in Italien. Bundeskanzlerin Angela Merkel zog einen Vergleich zum griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras. Mit diesem habe man sich nach dessen Amtsantritt 2015 »zusammengerauft« und etwas erreicht.

Ob eine »Technikerregierung« zustande kommt und wie lange sie amtiert kann, ist noch unklar. Coltarellis Kabinett muss sich in Senat und Abgeordnetenhaus einer Vertrauensabstimmung stellen. »Ich werde mich dem Parlament mit einem Programm vorstellen, das die Abstimmung über den Haushalt 2019 einschließen wird«, sagte der 64jährige am Montag in Rom. Anschließend werde das Parlament aufgelöst – »mit Wahlen Anfang 2019«.

Sollte Coltarelli keine Mehrheit finden, kann Mattarella den amtierenden Ministerpräsidenten, den PD-Politiker Paolo Gentiloni, darum bitten, vorerst im Amt zu bleiben, damit Italien mit einer funktionsfähigen Regierung auf dem G-7-Gipfel am 8. und 9. Juni im kanadischen La Malbaie vertreten ist. Anschließend müsste der Präsident das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen. Diese könnten frühestens nach 45 Tagen stattfinden. Da Wahlen im Ferienmonat August für die Italiener allerdings unvorstellbar sind, gilt ein Termin im September als wahrscheinlich.

Am Sonntag hatte Mattarella die vom designierten Premier Giuseppe Conte vorgeschlagene Ernennung des EU-Kritikers Paolo Savona zum Wirtschaftsminister abgelehnt. Daraufhin legte

Conte sein Mandat nieder, die Regierungsbildung der rassistischen Lega und der rechten »Fünf-Sterne-Bewegung« (M5S) war gescheitert. Dabei hatten sich Lega-Chef Matteo Salvini und M5S-Führer Luigi Di Maio in bisher beispielloser Weise gegen die Rechte des Staatschefs aufgelehnt, über die künftigen Minister mitzuentcheiden. Zudem warfen sie Mattarella vor, sich »dem Druck aus Brüssel und Berlin« zu beugen. Di Maio forderte sogar ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Staatschef. Der von ihm dafür herangezogene Verfassungsartikel 90 ist allerdings für Fälle von »Hochverrat« oder bei einem »Anschlag auf die Verfassung« gedacht.

Die italienische Nachrichtenagentur ANSA äußerte die Vermutung, dass Mattarella die EU-kritische Haltung von Lega und M5S genutzt habe, um eine Regierung unter Beteiligung von Salvinis Rassistenpartei zu verhindern. Immerhin bedient sich diese bei ihrer Hetze gegen Migranten auch neofaschistischer Sturmtrupps wie der Casa Pound und der Forza Nuova. Mattarella habe, so ANSA, an den 44. Jahrestag des neofaschistischen Attentats in Brescia im Mai 1974 mit acht Toten und über 100 Verletzten erinnert und erklärt, es gehe darum, »jene zu besiegen, die Intoleranz und Angst säen wollen«.

<https://www.jungewelt.de/artikel/333209.aufatmen-in-brüssel.html>